„Fakultät der Theologien“ bleibt wohl eine Vision

21. Juni 2017

Von Gregor Krumpholz (KNA) Berlin (KNA) Eine „Fakultät der Theologien“ von Christen, Muslimen und Juden in Berlin bleibt aller Voraussicht nach eine kühne Idee.

Im Fakultätsrat und dem Professorenkollegium der evangelischen Theologen an der Humboldt-Universität (HU) gibt es keinen Konsens in der Frage, wie am Montag bekannt wurde. Aus ihren Reihen war der Vorschlag gekommen, der in den vergangenen Wochen die Feuilletons Berliner und überregionaler Blätter beschäftigt hatte. Zuletzt wurden auch die „Empfehlungen“ einer Kommission bekannt, die der Fakultätsrat eigens eingesetzt hatte. Sie sollen nun als Vorschlag in der weiteren Diskussion dienen. Fraglich ist indes, wie lange sie noch anhält, nachdem der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge eine solche Fakultät, die bundesweit einmalig wäre, allenfalls für ferne Zukunftsmusik hält.

Den Anstoß zur Vision einer Religionen übergreifenden Fakultät hatte der Berliner Senat mit seinem Beschluss gegeben, ein Institut für Islamische Theologie mit vier Professuren an der HU zu gründen. Im Gespräch ist, es an die Philosophische Fakultät anzubinden. Evangelische HU-Theologen brachten dagegen ihre Fakultät als „Mutterinstitution“ in die Debatte, auch mit der Absicht, die evangelische Theologie an Berlins traditionsreichster Universität langfristig zu sichern. Als Partner boten sich die Katholiken an. Mit der kargen Ausstattung ihres Seminars für Katholische Theologie an der Freien Universität Berlin sind sie seit langem unzufrieden. Sie wären mit einer Verlagerung an die HU einverstanden, sofern ein katholisches Institut mindestens so ausgestattet würde wie das islamische Pendant. Von einer verbindlichen Zusage des Berliner Senats für diese Option war indes bislang noch nichts zu hören.

In ihren jetzt veröffentlichten Empfehlungen konkretisiert die Fakultäts-Kommission ihr Modell. Unter dessen Dach sollten Protestanten, Katholiken, Muslime und Juden unter Wahrung ihrer Bekenntnisbindung und Selbstständigkeit kooperieren. Zu diesem Zweck sollte die evangelische Fakultät in die neu zu gründende Fakultät „überführt“ werden. Zugleich räumt die Kommission jedoch ein, dass es bei ihrem Modell „hochschulrechtlichen Klärungsbedarf“ gebe. So sei zu prüfen, ob es mit der staatskirchenrechtlichen Verankerung der evangelischen Fakultät an der HU vereinbar sei.

Ungeachtet der internen Uneinigkeit der HU-Theologen bieten die offenen juristischen Fragen den Kritikern leichtes Spiel. So nennt der Gründungsbeauftragte des Islam-Instituts, Michael Borgolte, das Fakultäts-Modell „rechtlich und administrativ nicht umsetzbar“. Auch moniert er eine „überhitzte Debatte“ über Für und Wider einer solchen Fakultät. Sie erschwere es, „die offenen Fragen um das neue Institut zu lösen“, betont der Mittelalter-Historiker in einem Gastbeitrag für den Berliner „Tagesspiegel“ (Montag).

Damit hat Borgolte derzeit genug zu tun, wie er am selben Tag vor dem Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses erklärte. So ist der Gründungsprozess ins Stocken geraten. Die im vorgesehenen Beirat des Instituts vertretenen muslimischen Verbände hätten erkannt, dass sie bei dem Kooperationsvertrag mit der Universität einen Teil ihres Einflusses in bekenntnisrelevanten Fragen abgeben müssten. Dies betrifft vor allem die Studienordnung und die Berufung von Hochschullehrern.

In den Verbänden gebe es nun einen umfassenden Diskussionsprozess, weil der Islam keine kirchenähnlichen Entscheidungsstrukturen habe, so der Gründungsbeauftragte. Auseinandersetzen muss er sich auch mit dem Vorwurf aus der Berliner CDU, dass im Beirat keine liberalen Muslime vertreten seien. Borgolte konterte mit dem Argument, dass diese Glaubensrichtung nur geringen Rückhalt habe. Indes bleibt offen, ob die Rechnung des Berliner Senats aufgeht, dass ein konservativ geprägter Beirat sicherstellt, dass die Instituts-Absolventen in den Moscheegemeinden als Imame oder Religionslehrer eingestellt werden. Der geplante Start des Instituts schon zum Wintersemester 2018/19 ist nach Borgoltes Worten angesichts der offenen Fragen jedenfalls unrealistisch.

(KNA – rkqlt-89-00163)

Stand: 27. November 2026